

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Jugendhilfeausschuss	27.02.2018

Fachstellen "Extremismus- und Gewaltprävention"

Beantwortung der formulierten Nachfragen aus der Sitzung des JHA vom 28.11.2017 zur Vorlage 3094/2017 sowie eine Erläuterung zu weiteren Anmerkungen aus dieser Sitzung. Frau Laufenberg kritisiert in der Vorlage das Fehlen des Themas Linksextremismus, dessen Aktualität in den letzten Monaten zugenommen hat. Frau Topp-Burghardt fragt an, ob der massive Antisemitismus bei jugendlichen Muslimen auf der Agenda zur Gewaltprävention mit Maßnahmen bedacht sei.

Die Kinder- und Jugendverwaltung nimmt wie folgt Stellung:

Antisemitische Parolen und rassistisches Gedankengut werden seit einigen Jahren vor allem im World Wide Web artikuliert, geteilt und weiter verbreitet. Menschen, die auf der Basis einer rassistischen Vorstellungswelt und emotionalen Einstellung ungehemmt entsprechende Äußerungen ins Netz stellen, rekrutieren sich offensichtlich aus allen sozialen Schichten und politischen Gruppierungen der Bevölkerung. Somit ist rassistisches oder antisemitisches Gedankengut bis weit in die vermeintliche Mitte der Gesellschaft verbreitet und nicht nur am Rande der Gesellschaft anzutreffen. Es entsteht der Eindruck, dass die Hemmschwelle im Sprachgebrauch in den letzten Jahren hinsichtlich rassistischer, sexistischer, diskriminierender und gewaltverherrlichender Statements gesunken ist, auch im Bereich des Antisemitismus.

Extremistische Einstellungen eint der Absolutheitsanspruch und ein geschlossenes Denkmuster. Informationen werden nicht auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft, Haltungen nicht oder nur wenig reflektiert und in ihrer teilweise eigenartigen Form fortentwickelt. Die bestehende Gesellschaftsordnung mit ihrer demokratischen Verfassung und ihren fundamentalen Werte- und Spielregeln werden abgelehnt und bekämpft. Die Ablehnung geschieht notfalls auch durch gewalttätiges Auftreten, Drohungen, Mobbing, Verleumdung und Verbreitung von Falschinformationen oder Verschwörungstheorien.

Zu den religiös fundamentalistischen Ausprägungen demokratiefeindlicher Einstellungen gehört der militante Islamismus. Seine Vertreter lehnen westliche Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte, Demokratie und Gewaltenteilung ab.

Extremistische Gruppierungen rechter und linker Provenienz haben neben der Gemeinsamkeit von Gewaltakzeptanz unterschiedliche ideologische Zielsetzungen und geschichtliche Begründungskontexte. Diese zu analysieren ist eine wichtige Voraussetzung wirkungsvoller Prävention. Bei der Entwicklung von Strategien zum Umgang mit demokratiefeindlichen Tendenzen ist es wichtig zu erkennen, wie es zur Herausbildung extremistischer Bestrebungen kommt, welche Faktoren diese Entwicklung erklären und welche gesellschaftlichen Ursachen hierbei eine Rolle spielen.

Prävention setzt vor allem im Sinne von Aufklärung und Befähigung zu eigenständigem Denken an. Positive Beispiele sind Initiativen, die mit diesem Ansatz agieren wie die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Der Verein arbeitet vorrangig zu den Themen Antijudaismus, Antisemitismus und Rassismus und ist engagiert mit Projekten wie „Jederzeit wieder! Gemeinsam gegen Antisemitismus“, „Rote Karte gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus“. Dies geschieht auch in enger Kooperation mit Schulen, dem Jugendclub Courage und vor allem mit dem NS-Dokumentationszentrum, insbesondere der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs). Projekte wie „Heroes“ oder „Champs“ vom Jugendhilfeträger HennaMond e.V. oder „180 Grad Wende“ vom Träger Ju-biGo e.V. sind weitere Beispiele; auch sie arbeiten wie viele andere sehr erfolgreich im Bereich der Gewaltprävention.

Gez. Dr. Klein